

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetale 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Denkspruch

Geh, o Mensch, und sieh das Leben  
In den Acker deiner Zeit,  
Deines Wohlens edle Saat  
Reisen für die Ewigkeit;  
Darfst du heut nicht Früchte schauen,  
Lerne auf die Zukunft bauen;  
Wenn schon lang dein Hügel grün,  
Kann dir noch die Ernte blüh'n.

Ges. d.

### Dämmernde Erkenntnis

Von Fr. G. u. r. i. c. h., Freiburg.

In den Tagen der Revolution, ja bis in die letzten Monate hinein, haben viele Millionen deutscher Arbeiter geglaubt, daß sie, wie Marx ihnen ja schon vor Jahrzehnten verhieß, durch den Sozialismus die neue Welt gewinnen könnten, die zehnmal besser als ihr altes Vaterland sei.

Sie, die dies glaubten, sind alle gewaltig enttäuscht — sie haben den letzten Satz des kommunistischen Manifestes, der zur Vereinigung der Proletarier aller Länder aufforderte, ernst zu genommen. Das war eine ungeheure Torheit, die nicht nur dem deutschen Arbeiter, sondern dem ganzen deutschen Volke verhängnisvoll zu werden droht.

Heute dämmert die Erkenntnis dieses großen Selbstbetruges und ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft ist dem Sozialismus, wenn noch nicht untrug, so aber doch gleichgültig geworden. Den deutschen Arbeitern sind seit Jahrzehnten die marxistischen Phrasen eingebläut worden, aber die Mehrzahl der Führer und einsichtigen Arbeiter hat schon lange vor dem Kriege nicht mehr an die Bewirkung des marxistischen Sozialismus geglaubt.

Nun soll das von den Massen angebetete Erfurter Programm zu Grabe getragen werden. Der eben zu Ende gegangene Kasseler Parteitag der S. P. D. hat das Begräbnis eingeleitet. Man muß die Kämpfe der letzten zwanzig Jahre um das Erfurter Programm sich vergegenwärtigen, und man muß mit-erlebt haben, was die sozialdemokratischen Arbeiter von diesem Programm alles erwarteten, um zu begreifen, welchen Stoß damit der marxistisch-sozialistische Gedanke bekommt. Dieses Programm war einem großen Teil der deutschen Arbeiter zum Evangelium geworden, an das man mit religiöser Inbrunst glaubte.

Unter dem Kampfesgeschrei: „Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Ausschaltung der Unternehmergewinne, Beseitigung des Kapitalismus, Freie Bahn dem Lächigen — Wir wollen zur Herrschaft“, ist die große Masse in die Revolution gezogen. Ein Jubel ohne Gleichen ging durch die Massen der Arbeiter des sozialistischen Lagers: Jetzt muß die Not ein Ende haben. Das Paradies des Diesseits wollen wir uns schaffen.

Der Traum ist verflogen. Die Schuppen fallen langsam, die Atmosphäre klärt sich. Statt obige Ziele zu erreichen, ist Deutschland ein Schieberparadies geworden, der Sozialismus hat versagt, aber auch völlig versagt. Darüber helfen keine langen Zeitungsartikel und Reden hinweg, die das Gegenteil zu beweisen suchen.

Die Volksbeauftragten mußten gleich bei ihrem Regierungsantritt einsehen, daß leichter vom Sozialismus zu reden ist, als ihn in die Wirklichkeit anzupassen. Es sei hier nur auf die Spandauer Werkstätten verwiesen, die der Sozialist Roske schließen mußte, weil dieser Staatsbetrieb mit über 20 Mill. Reichsmark monatlich arbeitete. Unerträglich war es ja noch in hunderten Betrieben, wo ausschließlich sozialistische oder sonstige radikale Arbeiter beschäftigt waren.

Herr Kuttner vom „Vorwärts“, der am 11. November 1918 die Revolution in allen Tönen begeistert begrüßte, schrieb ein Jahr später im gleichen „Vorwärts“:

„Die Revolution hat das ganze Volk zur Herrschaft gebracht. Dieses hat keinen anderen, den es für sich arbeiten lassen kann, entweder es arbeitet, oder es hungert. Sollten die Kapitalisten für das

Volk arbeiten, so wäre das etwa so, als ob sich die Menschen von den Pferden spazieren führen ließen. Wird die Arbeitsleistung verringert, so muß das Volk unweigerlich verarmen. . . . Im besten Falle können die Löhne doch nur um so viel erhöht werden, als der frühere Gewinn des Unternehmers ausmacht. So hoch diese Gewinne auch sein mögen, ergeben sie, auf den Kopf des Arbeiters berechnet, doch nur einen bescheidenen Prozentsatz seines bisherigen Lohnes.“

Genau ein vernichtendes Urteil über das Erfurter Programm. Aber noch schärfer urteilt Karl Rautsky in der „Wiener Arbeiterzeitung“. Dieses Urteil ist ganz besonders wichtig, weil Rautsky Jahrzehnte der Verteidiger dieses Erfurter Programms gewesen ist. Rautsky empfiehlt in diesem Artikel der U. S. P. den Eintritt in die Regierung, weil er befürchtet, daß sonst die Bürgerlichen dem Sozialismus die Siegespalme streitig machen könnten. Dann schreibt er wörtlich:

„Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Plünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produktion. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.“

Und Cunow, der Schriftleiter der sozialistischen „Neuen Zeit“, schreibt zu diesen Worten Rautskys:

„Die Theorie von der Ueberführung in die sozialistische Wirtschaftsweise, die Rautsky noch hoffnungsvoll im Jahre 1915 vertrat, wird hier glattweg verneint.“

Cunow geht zum Schrecken aller „Rechtgläubigen“ noch weiter. Inbezug auf das Erfurter Programm schreibt er:

„Demnach haben auch jene durchaus formell recht, die das Erfurter Programm als überholt ansehen und von dem nächsten Parteitag die Ausarbeitung eines neuen Programms fordern. Nach meiner Ansicht ist überhaupt der theoretische Teil des Erfurter Programms eine — offen gestanden — zweifelhafte theoretische Leistung. Es war teilweise schon überholt, als er das Licht der Öffentlichkeit erblickte — eine einseitig dogmatische Einleitung bestimmter, aus dem Verlauf der vorausgegangenen beiden Jahrzehnte abgeleiteter Märcher Entwicklungstheesen, ohne Berücksichtigung bereits deutlich im Wirtschaftsleben hervortretender neuer Entwicklungstatsachen.“

Diese Äußerungen sind nichts anderes, als das volle Eingeständnis des Zusammenbruches der alten marxistischen Lehre. Der marxistische Sozialismus war und ist eine Utopie, er hat seinen Anhängern ein Paradies vorgegaukelt, in dem lustwandelnd die Früchte möglichst geringer Arbeit geerntet werden könnten.

Der Zusammenbruch des Marx'schen Sozialismus ist nicht mehr aufzuhalten, die Bahn wird frei für eine nationale Arbeitsgemeinschaft, wie wir sie in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung erstreben, die allein befähigt ist, Aufbauarbeit für das neue Deutschland zu leisten.

Die deutschen Arbeiter sehen ihr Ideal zertrümmert, das sie von einer völligen Aufhebung der Klassengegenstände träumen ließ. Sie mußten erleben, daß der völkerverbrüdernde internationale Gedanke des Proletariats von jedem Land anders verstanden und ausgelegt wird.

Im besetzten Gebiet versängt das Lied nicht mehr, das in internationalen sozialistischen Geiste die Solidarität der Völker und Arbeiter besingt. „Der Volksfreund“, das sozialistische Hauptorgan in Karlsruhe, hatte recht, als er (Nummer 168 1919) in einem Artikel, überschrieben: „Die Lehren des 21. Juli 1919“, folgendes schrieb:

„Der 21. Juli brachte sodann etwas recht Besonderes. Während bei uns dies-

fach gestreift wurde, wurde in den Siegerstaaten gearbeitet. Damit nur ja keine Mißdeutungen des zuerst beabsichtigten Streiks in Deutschland entstanden, damit nur ja nicht hier die Meinung austräte, das westeuropäische Proletariat wolle unsern Kampf zu Hilfe kommen, es wolle seine kapitalistischen Staatsmänner zur Revision des Vertrages von Versailles zwingen, wurde von dem ursprünglichen Streikplan Abstand genommen.“

Das ist für nächste Beobachter keine Enttäuschung. Die Internationale hat vor Ausbruch des Krieges versagt, sie hat versagt im Kriege, sie versagt weiter in der Durchführung des Programms, dem unglücklichen Europa mittels der Erzwingung einer Versöhnungssaktion aus seiner Not zu helfen. Mit dieser Absage des Streiks erteilt uns die Arbeiterschaft der Siegerstaaten nur noch eine Extralektion, ja nicht an die Solidarität zu glauben.“

Sehr richtig! Aber man wäre versucht, zu fragen, wieviele Extralektionen noch nötig sind, um die deutschen Schwärmer für die Internationale von ihrem Wahne zu befreien.

Eine Berliner Zeitung schrieb vor einigen Wochen zutreffend:

„Im besetzten Gebiet versängt das Lied nicht mehr, das in Völkerverbrüderung die Solidarität der Völker besingt. Hier klingt die Walze schrill und lachhaft und unabhängig höchstens vom Texte, die immer noch aus Berlin hinüberleiert: „Die Interessen der Arbeiter sind in allen Ländern gleich — Arbeiter in allen Ländern gleich — alle Länder gleich.“ Im besetzten Gebiete wissen die Arbeiter, daß es heute zwei Interessen in der Welt gibt: Die Interessen der Sieger und die Interessen der Besiegten. Sie wissen, daß auch die Arbeiter der Sieger nur ein Interesse haben: daß ihre Länder möglichst lange und ausgiebig und nachhaltig die Sieger bleiben — samt allen Folgen, die sich daraus für die Besiegten ergeben. Das ist die Wirklichkeit, vor deren entsetzlichem Antlitz die grenzdeutschen Arbeiter heute leben. Sie ist unmeniglich, unbarmherzig, gnadenlos. Aber sie ist Wirklichkeit.“

In Genf hat bekanntlich die deutsche Sozialdemokratie vor aller Welt ihre außenpolitische Ohnmacht bekannt, indem sie die Lagung benutzte zu dem Geständnis, daß Deutschland die Schuld am Ausbruch des Krieges trage. Die Folgen dieses nicht zu Recht abgegebenen Geständnisses, das in der Geschichte als eine der größten Dummheiten gelten wird, hat das gesamte deutsche Volk zu tragen.

Was soll es heißen, wenn die Genfer Denkschrift betont: „Die deutsche Revolution ist zum Unglück der Welt, und ganz besonders auch des deutschen Volkes selbst, um fünf Jahre zu spät gekommen.“ Hiermit hat der deutsche Sozialismus bekannt, daß er auch heute noch zum Gefallen der Fremdvölker sein will und die großen uns bevorstehenden historischen Aufgaben, die wir als Deutsche zu erfüllen haben, nicht erkannt hat. Er glaubt sich seinen sozialistischen Brüdern im Ausland nähern zu können, wenn er ganz allgemein feststellt, daß die Schuld am Weltkrieg Deutschland zuzuschreiben sei.

Der deutsche Sozialismus hat sich willig dem Spruch, den der reinerhafte französische Sozialismus und der englische Krämersozialismus betreffs der Schuldfrage über uns fällten, gebeugt. Der deutsche Sozialismus und das deutsche Volk werden dieses zu büßen haben.

Kann wird die deutsche Arbeiterschaft erkennen, daß sie sich freizumachen hat von solchen Irrungen, freizumachen hat von dem internationalen Sozialismus, der in Wirklichkeit nur in Deutschland erst genommen wird. Jedes Land hat seinen eigenen Sozialismus. Wir Deutschen brauchen einen christlichen Sozialismus. Er allein ist zum Aufbau befähigt. Dieser zu erkennen, ist das Gebot der Stunde.

# Das Existenzminimum im September 1920

Von Dr. A. Ruchnisi, Berlin-Schöneberg.

Nachdem die Kosten des Existenzminimums bis zum Mai andauernd gestiegen waren, sind sie im Juni bedeutend gesunken, im Juli wieder etwas gestiegen und im August wieder etwas gefallen. Im September waren sie ungefähr ebenso hoch wie im August. Daß die Entwicklung in den Vormonaten so sprunghaft verlief, beruhte vor allem darauf, daß die Wirkungen des Preisabbaus für Meider, Wäsche und Schuhwerk infolge der Unregelmäßigkeit in der Kartoffelbelieferung und infolge der Einführung des Steuerabzugs nicht voll zur Geltung kommen konnten. Ob der Beharrungszustand, der nunmehr erreicht ist, von Dauer sein wird, dürfte vor allem von dem Angebot und den Preisen derjenigen Lebensmittel abhängen, für die die Zwangswirtschaft aufgehoben oder gelockert worden ist.

Die rationierten Nahrungsmittel waren im Berichtsmonat wiederum sehr teuer. In Groß-Berlin z. B. kosteten Brot, Zucker und Milch neunmal soviel wie vor sieben Jahren, Kartoffeln und Butter 14mal soviel, Schmalz 22mal soviel. Im ganzen ergibt sich hier eine Wertsteigerung auf das Zwölffache. In den fünf Wochen vom 30. August bis zum 3. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Septbr. 1920	Preis Septbr. 1913
500 g Brot . . . . .	2250	238
600 g Rohmittel . . . . .	487	30
9500 g Kartoffeln . . . . .	865	48
1250 g Fleisch . . . . .	2315	237
100 g Butter . . . . .	375	27
750 g Schmalz . . . . .	2550	114
875 g Zucker . . . . .	350	41
250 g Runkelrübe . . . . .	365	15
	9357	750

Diese rationierten Mengen, für die man jetzt 85,57 M zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 7,50 M kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 9300 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von vier bis fünf Jahren benötigt. Schon um den Bedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren zu decken, wäre der Einkauf von wöchentlich 5 Pfund Kartoffeln für 1,75 M erforderlich gewesen. Man wird also das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin bei äußerster Einschränkung auf 20 M ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7 x 2400 = 16800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16800 - 9300 = 7500 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie am billigsten tun, indem sie sich 5 Pfund Kartoffeln für 1,75 M, 1 1/2 Pfund Haferflocken für 3,75 M, 1 Pfund weiße Bohnen für 2,40 M und 1/2 Pfund Margarine für 6,25 M verschafft. Ihr wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel hätte also 23 M gekostet. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 x 3000 = 21000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von 10 Pfund Gemüse für 5 M, 1 Pfund Reis für 5,75 M und 1 Pfund Marmelade für 4,75 M. Sein wöchentlicher Mindestbedarf für Nahrungsmittel würde also etwa 48 M kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 121 M wöchentlich für Nahrung auskommen.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung ein Pentner Steinkohle und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M, für Heizung 14,90 M, für Beleuchtung 6,60 M.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M, Frau 20 M, Kind 10 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereiarbeit, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/3 machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für den September 1920 in Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung . . . . .	45	81	121
Wohnung . . . . .	9	9	9
Heizung, Beleuchtung . . . . .	22	22	22
Bekleidung . . . . .	30	50	70
Gelegenes . . . . .	36	54	74
	145	218	295

Daß der Arbeitstag ungenügend beträgt der notwendige Mindestbedarf für einen alleinlebenden Mann 21 M, für ein kinderloses Ehepaar 36 M, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 42 M. Auf

das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7550 M, für das kinderlose Ehepaar 11250 M, für das Ehepaar mit zwei Kindern 15450 M.

Vom September 1913 bis zum September 1920 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,85 M auf 145 M, d. h. auf das 8,6fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,40 M auf 216 M, d. h. auf das 9,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,90 M auf 296 M, d. h. auf das 10,2fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 11 Pf. wert. (Im August war die Mark ebenfalls 10 bis 11 Pf., im Juli 9 bis 10 Pf., im Juni 10 bis 11 Pf., im Mai und April 8 bis 9 Pf., im März 9 bis 10 Pf., im Februar 12 Pf. wert gewesen.)

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919

### Mitglieder- und Massenverhältnisse

Das Jahr 1919 hat den christlichen Gewerkschaften einen bedeutenden Mitgliederzuwachs gebracht. Die erste Million Mitglieder war am Jahresende überschritten, heute ist das erste Viertel der zweiten Million erreicht. Damit sind die christlichen Gewerkschaften recht eigentlich erst zur Massenbewegung geworden. Trotzdem bleibt festzustellen, daß die gehegten Erwartungen sich nur zum Teil erfüllt haben. Der Anteil der christlichen Gewerkschaften an dem gewaltigen Zustrom bisher unorganisierter Massen in die gewerkschaftlichen Organisationen hätte unbedingt größer sein müssen.

Bei näherem Zusehen wird allerdings manches erklärlich: Der Agitationsapparat der freien Gewerkschaften war auf die Massengewinnung viel mehr und viel großzügiger eingestellt, als der unserer Bewegung. Engmaschiger und gleichmäßiger verteilten sich ihre Sekretariatsbezirke über das ganze Reich, und sie konnten deshalb sofort allüberall „zupacken“. Es war aber auch die ganze Stimmung und geistige Einstellung der breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft in den dem Kriegsausgang folgenden Monaten der Werbetätigkeit und Werbearbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften günstig. Die Werbung für die sozialdemokratischen Organisationen erfolgte in der „Stagesstimmung“ der Revolution; mit Hilfe der „Errungenschaften der Revolution“ war es verhältnismäßig leicht, agitatorische Schwungkräfte auszulösen.

Mit dem gleichen Temperament und Angriffsgeist konnte der Vertrauensmann der christlichen Gewerkschaften in derselben Zeit nicht ins Zeug gehen. Er, dem neben der Sorge um das Wohlergehen der deutschen Arbeiterschaft, die Sorge um die Schicksale und Lebensinteressen der Staats- und Volksgefamtheit zum zweiten Ich geworden war, konnte und durfte nicht mit gleicher Sorglosigkeit, die oft von unserem Standpunkte aus gesehen, wie Verantwortungslässigkeit sich auswirkte, an der Arbeit stehen. Der christliche Gewerkschaftler mußte auch jetzt sich selbst getreu bleiben und in allem die von ihm empfundene und erkannte Wahrheit, auch wenn sie hart und bitter klang, aussprechen. Löste dies nicht in gleicher Leichtigkeit Werbetätigkeit aus, dann mußten die christlichen Gewerkschaften auf jene Massen verzichten, die aus der ganzen Stimmung der Zeit heraus zu ernsterem Nachdenken und tieferem Erfassen der Schicksale des deutschen Volkes nicht fähig waren. Diese Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftler war auch notwendig, um den inneren Kern unserer Organisationen völlig gesund zu erhalten. Hinzu kam der außerordentlich starke Terror, der es vielen Tausenden innerlich zu uns Gehörigen unmöglich machte, unserer Bewegung beizutreten, oder bei ihr zu verbleiben. Wenn trotz dieser Ungunst der Verhältnisse ein bedeutender Mitgliederzuwachs erzielt werden konnte, so stellt das der Gesundheit und Lebenskraft unserer Bewegung das denkbar beste Zeugnis aus. Es wuchs die Zahl der Mitglieder gegenüber dem Vorjahre von 538 559 auf 462 211 auf 1 000 770 (Jahresendziffern), das ist eine Steigerung von 85,8 Prozent. Im einzelnen stellt sich das Bild der Mitglieder- und Massenverhältnisse wie folgt:

Organisation	Mitglieder Ende 1919	Einnahmen 1919	Ausgaben 1919	Rassenbestand Ende 1919
Banarbeiter . . . . .	41 277	1 677 493	1 417 967	1 299 311
Bergarbeiter . . . . .	152 216	4 880 006	3 096 427	6 592 010
Baugewerke . . . . .	2 685	278 611	270 291	627 262
Eisenbahn (beruflich) . . . . .	95 000	1 246 533	1 203 36	156 565
Eisenbahn (baur.) . . . . .	30 123	348 150	299 645	427 729
Eisenbahn (schiffb.) . . . . .	9 045	117 384	85 079	53 107
Eisenbahner (württembergische) . . . . .	4 521	122 123	117 932	43 000
Kapitalarbeiter . . . . .	78 502	1 280 442	1 062 357	312 294
Gewerkschaftliche Gesamtorganisationen . . . . .	3 786	193 523	158 600	38 399
Handwerker . . . . .	18 452	557 051	422 391	216 157
Textilgewerke . . . . .	7 923	175 860	120 023	92 556
Handlungslehre . . . . .	14 380	85 000	79 360	5 740

Organisation	Mitglieder Ende 1919	Einnahmen 1919	Ausgaben 1919	Rassenbestand Ende 1919
Getriebearbeiterinnen . . . . .	15 941	127 038	113 469	138 366
Holzarbeiter . . . . .	34 170	1 356 978	1 125 25	995 30
Keramiker . . . . .	— *)	776 393	542 430	315 34
Krankenspieler . . . . .	3 382	53 898	48 403	8 10
Landarbeiter . . . . .	77 523	1 298 333	1 262 333	267 17
Lebendarbeiter . . . . .	13 467	348 820	254 389	158 33
Maler . . . . .	3 542	125 233	81 099	67 90
Metallarbeiter . . . . .	210 005	7 312 098	4 520 745	6 406 114
Nahrungsmittelarb. . . . .	10 244	163 181	126 526	51 307
Postangestellte . . . . .	17 450	196 511	178 578	386 963
Schneider . . . . .	20 205	334 316	280 120	85 338
Staatsarbeiter . . . . .	5 824	121 394	104 871	61 619
Tafelarbeiter . . . . .	28 384	328 773	217 818	144 92
Textilarbeiter . . . . .	94 023	2 104 225	1 367 239	1 210 986
	1 000 770	25 614 774	18 607 317	20 161 366

Der Einfluß und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften waren schon immer größer, als ihrer nackten Zahlenstärke entsprach. Auch heute verschiebt sich das Bild sehr zugunsten unserer Bewegung. Die eine Million Mitglieder, die wir am Jahreseschlusse zählen konnten, bilden eine organisatorische und geistige Einheit von geschlossener Schlagkraft. Die Hunderttausende, die im Berichtsjahre neu zu uns gestoßen sind, sind durchweg bewußt und mit Ueberzeugung christliche Gewerkschaftler geworden. Sie sind gewillt und bereit, im Geiste unserer Bewegung gewerkschaftliche und allgemein wirtschaftliche und soziale Ziele zu verfolgen. Frei ist unser Mitgliederstand von den heute die deutsche Gewerkschaftsbewegung so zersetzenden Kämpfen politischer Leidenenschaften und irriger wirtschaftlicher Ideen. Wenn man deshalb die Gesamtbedeutung und Schlagkraft einer gewerkschaftlichen Organisation nicht nach der hohen Zahl allein in erster Linie wertet, sondern, wenn man zur Beurteilung die organisatorische Geschlossenheit und geistige Einheit mit heranzieht, gewinnt die Stärke der christlichen Gewerkschaften um ein Bedeutendes, und wir dürfen unter Berücksichtigung dieser Momente mit den Ergebnissen des Mitgliederanstieges im Berichtsjahre zufrieden sein.

Die Fortschritte des Jahres erkennt man in erheblich günstigerem Lichte, wie bei den Mitgliederzahlen noch in der Entwicklung der Massenverhältnisse. Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahre rund verdreifacht. Ihre Gesamtsumme betrug im Vorjahre 8 725 078 M. Sie beträgt im Berichtsjahre 25 614 774 M. Das Mehr der Einnahmen beträgt demgemäß 16 889 696 M. Diese Summen sind doppelt beachtenswert, weil im Berichtsjahre die Anpassung der Mitgliederbeiträge an den gesunkenen Geldwert, die, wie wir schon in vorigen Jahresberichte andeuteten, angebahnt worden war, durch die ungeheuer fortschreitende Geldentwertung nur ganz unvollkommen gelungen ist. Eine dem gesunkenen Geldwert entsprechende Erhöhung der Einnahmen wird sich erst im Laufe des Jahres 1921 ergeben. Mächtig angewachsen sind naturgemäß auch die Ausgaben. Stark belastend treten wiederum aus gleichen Gründen wie im Vorjahre, diesmal aber noch verschärft erkennbar, die Verwaltungskosten in Erscheinung. Die Gesamtausgaben sind gegenüber dem Vorjahre von 6 284 432 Mark auf 18 607 317 M angewachsen. Das ist eine Steigerung von 13 322 885 M. Der Vermögensstand erhöhte sich von 12 444 942 M auf 20 161 269 Mark, eine Vergrößerung also um 7 716 327 M.

### Ausblicke

Nicht mit Unrecht hat die „Soziale Praxis“ einmal die christlichen Gewerkschaften als das „Salz der deutschen Arbeiterbewegung“ bezeichnet. Ohne den Geist, den die christlichen Gewerkschaften in die Arbeitermassen hineintragen, würde die deutsche Arbeiterbewegung auch tatsächlich schal und inhaltslos sein und der inneren Fäulnis anheimfallen. In Zukunft wird sich noch in stärkerem Maße zeigen, daß die Gesunderhaltung der deutschen Arbeiterbewegung eine glatte Unmöglichkeit ist, ohne die Einwirkung der Ideen, deren Träger die christlichen Gewerkschaften sind. Es bedarf trotzdem keines Bedauerns, daß die christlichen Gewerkschaften in der äußeren Entwicklung nicht die raschen Fortschritte zu verzeichnen haben. Eine Bewegung, die ihrer Anhänger nicht nur von Rechten, sondern von den Pflichten gegenüber der Allgemeinheit redet, wird immer nur langsam Boden gewinnen und zunächst nur die besten Kräfte an sich fesseln können. In der Gesinnungspflege, wie sie durch die christlichen Gewerkschaften betrieben wird, liegt deshalb auch die beste Gewähr für den Bestand einer Bewegung. Weniger von außen als von innen heraus ermarken die christlichen Gewerkschaften die Gesunderhaltung und die Erneuerung deutschen Lebens. Deshalb erstrebt ihnen auch die unverbroffene Arbeit an der Bervollkommnung des eigenen Wesens und der eigenen Einrichtungen als die zunächst liegendste Aufgabe.

Darüber werden sie die großen Zukunftsaufgaben nicht vergessen. Durch die christliche Gewerkschaft

\*) am 1. Oktober mit dem Fabrikarbeiterverband verschmolzen.

Wirtschaftsbewegung geht der Zug des Bewußtseins einer großen Mission. Die neuen, besseren Formen des menschlichen Gemeinschaftslebens, nach der die Welt sich sehnt, werden nur gefunden werden bei der Anerkennung der sozial-sittlichen Ideen, wie sie in unserer Bewegung leben — das ist die allgemeine Auffassung. Der Kapitalismus, der noch in wahn-sinniger Verzweiflung um seine Herrschaft kämpft, findet seine Zeit abgelaufen. Der aus der kapitalistischen Gestaltung geborene materialistische Sozialismus erweist sich als unfähig zur Aufrichtung wirklicher Kultur. Und über dem Chaos der Tage erhebt sich, gleich der aufgehenden Sonne, der Gedanke christlicher Solidarität. Zur Herrschaft ihm freie Bahn zu schaffen, damit er auch die Hüften der Armen erleuchtet und erwärmt — das ist christliches Gewerkschaftsziel!

## Besprechung über Bauarbeiterferien

Der Reichstagsbericht für das Baugewerbe enthält unter Ziffer V der preussischen Erklärungen folgende Bestimmung: „Die Arbeitgeber erklären, die Gewährung von Ferien grundsätzlich nicht abzulehnen, halten aber wegen der besonderen Schwierigkeiten im Baugewerbe Vorbereitungen für erforderlich, die für das Jahr 1920 Ferien noch nicht ermöglichen. Nach Abschluß des Tarifvertrages wird eine aus Vertretern der Arbeitgeberparteien bestehende Kommission eingesetzt, die zu prüfen hat, wie Ferien im Baugewerbe durchführbar sind. Die Kommission hat bis zum 31. Dezember 1920 über ihre Entschliessung zu berichten. Kommt eine Einigung oder ein Beschluß innerhalb der Kommission nicht zustande, so kann jede Partei das Hauptamt zur Entschliessung anrufen.“ Auf Grund dieser Bestimmung fand am 8. Oktober eine Zusammenkunft der leitenden Organisationsvertreter statt. Seitens der Arbeiterorganisationen war dem Arbeitgeberbund der Entwurf einer Ferienordnung für das Baugewerbe vorgelegt worden, der als Grundlage der Verhandlungen dienen sollte.

Zu einer eigentlichen Verhandlung ist es jedoch nicht gekommen. Der Vertreter des Arbeitgeberbundes, Herr Behrens-Dannover, warf gleich einleitend die Frage auf, ob es überhaupt möglich sei, die Ferienfrage jetzt zu erledigen. Die trostlose Lage des Baugewerbes mache dies nach Auffassung der Arbeitgeber unmöglich. Er müsse daher erstlich an die Vertreter der Bauarbeiterverbände die Frage richten, ob sie jetzt noch auf die Einführung von Bauarbeiterferien bestehen wollten. Weiter machte Herr Behrens geltend, daß bei den zentralen Verhandlungen im Frühjahr arbeitnehmerseits auf die baldige gesetzliche Regelung der Ferienfrage hingewiesen worden sei. Der Entwurf eines solchen Feriengesetzes liege aber bis heute nicht vor. Es fehle also bis auf weiteres die rechtliche Grundlage, um die Mitglieder des Arbeitgeberbundes zur Zahlung von Ferienbeiträgen zu zwingen. Sie würden, falls jetzt Ferien vereinbart würden, zweifellos in weitem Umfang die Zahlung verweigern. Arbeitgeberseits müsse also darauf bestanden werden, daß erst an die Regelung der Ferienfrage herangegangen wird, wenn ein Gesetzentwurf über die allgemeine Einführung von Ferien vorliegt.

Die Arbeitnehmervertreter betonten demgegenüber, daß über die Frage, ob Ferien im Baugewerbe eingeführt werden sollen, überhaupt nicht mehr diskutiert werden könne, da diese Frage im Reichstagsbericht bereits besprochen worden sei. Es handle sich jetzt nur noch darum, zu prüfen, wie die Ferien durchzuführen sind. Der Durchführung der Arbeitgeber, daß Bauarbeiterferien das Baugewerbe ungeduldrig belasten und auf jeden Fall das Bauen weiter verzögern würden, wurde entgegengehalten, daß durch die Ferien eine Hebung der Arbeitsfreudigkeit bezweckt werden solle, was zweifellos günstig auf die Arbeitsleistungen wirken würde. Jedenfalls ließen sich die Bauarbeiter von ihrem Anspruch auf Ferien nicht abbringen. Würde diesem Verlangen nicht stattgegeben, dann seien große Erschütterungen des Baugewerbes zu befürchten und letzten Endes das ganze Tarifvertragswerk bedroht. Es sei auch kein einleuchtender Grund zu finden, weshalb von den größeren Kreislagergruppen ausgerechnet nur noch die Bauarbeiter und Landarbeiter ohne Ferien bleiben sollten.

Sehr scharf vertrat Herr Heuer, der Vorsitzende des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Umgebung, seinen ablehnenden Standpunkt. Er erklärte, überhaupt und grundsätzlich gegen Ferien zu sein, jedoch nicht nur für Arbeiter, sondern für alle. Ausnahmen möchte er höchstens für Kranke und Kinder zulassen. Er selbst habe auch noch keine Ferien gehabt und sei trotzdem gesund, wobei er auf einen Zwischenruf bemerkte, er lebe auch nicht anders wie ein Arbeiter. Etwas anderes sei es, wenn Ferien gesetzlich eingeführt würden. Solange die gesetzliche Regelung nicht in sicherer Aussicht stünde, sei er auch nicht zu Verhandlungen über die Einführung von Ferien bereit. Von Arbeiterseite darauf aufmerksam gemacht, daß die Verweigerung der Verhandlungsbereitschaft einen glatten Tarifbruch darstelle, forgierte er sich dafür, daß er nur seine persönliche Auffassung wiedergegeben habe.

Da schon nach kurzer Aussprache es als aussichtslos erscheinen mußte, auf diesem Wege weiterzukommen, wurde auf Vorschlag des Herrn Behrens die Sitzung abgebrochen. Eine neue Verhandlung soll am 31. Oktober stattfinden. Inzwischen soll bei der Regierung festgestellt werden, wie weit die Vorarbeiten zu einem Feriengesetz gebieten sind.

## Am 23. Oktober ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

### Allgemeines

**Woher Gelder für den Wohnungsbau?** In dem mehrheitssozialistischen Karlsruher „Volkstribune“ (Nr. 237, vom 12. 10. 1920) stellt ein Sozialdemokrat M. Sachs die Frage: „Woher sollen die Gelder (für den Wohnungsbau) bei dem Finanzelend von Reich, Staat und Gemeinde kommen?“, und gibt darauf folgende Antwort: „Unsere Finanzminister werden und müssen sich dagegen wehren, daß gewaltige Summen für den Wohnungsbau bewilligt werden, ohne daß Deckung dafür vorhanden ist. Es gilt daher, neue Einnahmequellen für den Wohnungsbau zu schaffen.“ Er bespricht dann den vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Gesetzentwurf, nach dem Mittel für den Wohnungsbau durch eine 30prozentige Abgabe vom Nutzungswert der Gebäude beschafft werden sollen, und kommt dabei zu dem folgenden beachtenswerten Urteil:

„Die Wohnungsabgabe ist eine unsoziale Steuer, die weder das Einkommen des Steuerzahlers, noch die Größe seiner Familie berücksichtigt. Aber wenn die Wohnungsabgabe nicht kommt und die Wohnungsnot immer größer wird, weil kein Geld zum Bauen vorhanden ist, dann besteht die Gefahr, daß die Mieten um einen viel größeren Betrag steigen, als die Wohnungsabgabe betragen soll. Wer weiß, wie lange der Mieterschutz noch hält, wenn auch weiterhin auf jede freiverwendbare Wohnung Hunderte warten? Wer kann sagen, wie viele heute schon unberechtigterweise Mieten zahlen, weil sie sich nicht vor dem Miteingangsamt mit dem Hauswirt herumschlagen wollen? und wie viele Arbeiter verlieren nicht heute, weil nicht gebaut wird, das Vielfache von dem an Arbeitslohn, was sie eventl. als Wohnungsabgabe zu zahlen hätten? Es ist ja nicht unbedingt gesagt, daß die Wohnungsabgabe so bieten muß, wie sie jetzt vorgeschlagen wird. Es ist möglich, sie sozialer zu gestalten, so daß wenigstens einkommensabhängig und ständerzahl berücksichtigt werden, etwa indem man einen bestimmten Prozentsatz des Nutzungswertes als Grundbeitrag und dazu nach der Größe des Einkommens der Bewohner abgestufte Zuschläge macht.“

Kreistage darf man sich nicht einbilden, daß man die Wohnungsabgabe einfach durch eine Wohnungs-luxussteuer ersetzen könnte. Die Summe, die aus einer solchen an sich gewiß sehr berechtigten Steuer einflöte, wäre im Verhältnis zum Bedarf lächerlich gering, auch wenn man die Höhe der Wohnungsluxussteuer sehr hoch bemittelt. Auch die Erträge einer 30prozentigen Wohnungsabgabe würden nur genügen, um dem allergrößten Wohnungsmangel abzuhelfen. Es wird niemanden geben, der für die Wohnungsabgabe begeistert ist. Sollte es möglich sein, auf andere Weise Geld für den Wohnungsbau zu schaffen, so wäre das sicher besser. Aber am schlimmsten wäre es, wenn auch im nächsten Jahre wieder trotz Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit nicht gebaut werden könnte. Ein tut rot. Wenn nicht wenigstens bis zu Weihnachten Klarheit darüber herrscht, ob und wieviel Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung steht, wird wahrscheinlich auch das Jahr 1921 verstreichen, ohne daß Wohnungen in erheblicher Zahl gebaut werden, da das bei der Gewährung von Zuschüssen notwendige Verfahren wie auch die Vorbereitungen zum Bau von Wohnungen viel Zeit erfordern.“

Diesem vernünftigen und ruhigen Urteil wird man sich im wesentlichen anschließen können.

### Keine Gefährdung des Achtstundentages!

Das Reichsarbeitsministerium gibt bekannt: Ein Berliner Blatt bringt die Nachricht, daß im Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf zur Neu-regelung der Arbeitszeit ausgearbeitet werde, und bemerkt dazu, daß es sich bei diesem Gesetzentwurf „in erster Linie nur darum handeln könne, daß der Achtstundentag abgeschafft wird.“ Diese Mitteilung ist nur insoweit richtig, als im Reichsarbeitsministerium in der Tat eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und der Angestellten in Vorbereitung ist. Sie ist erforderlich, weil die bisherigen Bestimmungen über den Achtstundentag, die von dem vormaligen Demobilisationsamt für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation erlassen worden sind, in vielfacher Beziehung der Klarstellung und Ergänzung bedürfen. Bützlich und zutreffend ist es aber, daß dabei beachtet wird, daß der Achtstundentag zu beibehalten. Nebenbei sei hierbei darauf hingewiesen, daß der Internationale Verband der Arbeit beim Völkerbund auf seiner ersten Hauptversammlung in Washington 1919 den Entwurf zu einem Übereinkommen über die Einführung des Achtstundentages für gewerbliche Arbeiter beschlossen, und daß die Reichsregierung, da Deutschland Mitglied dieses Verbandes ist, verpflichtet ist, diesen Übereinkommensentwurf den gesetzgebenden Körperschaften alsbald vorzulegen.

### Utopie und Wirklichkeit in der roten Internationalen.

Auf dem eben zu Ende gegangenen mehrheitssozialistischen Parteitag erstattete Meerfeld-Löwin den Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Genf. U. a. führte er aus: „Auch für die Arbeiter der Siegerländer ist es eine Pflicht der internationalen Solidarität und des sozialistischen Gewissens, nicht zu ruhen und zu rasten. Bis der Friede von Versailles einem wahren Völkerrfrieden gewichen ist. Ein Geist ersticken Völkerrunden ging durch die Genfer Verhandlungen, als sie

dem Genf in Mitteleuropa galten und die internationalen Hilfe, die dagegen organisiert werden mußte.“

Schon. Man möchte gern glauben, daß es so ist. Leider ergibt die Wirklichkeit ein traurigeres Bild. Sie kam in der nachfolgenden Diskussion zu Worte: „Eisenhart-Hamburg: In England werden unsere Seeleute am unwürdigsten behandelt, trotzdem die englische Delegation in Genf die internationale theoretisch am meisten verfochten hat. Bis vor einigen Wochen war es noch nicht möglich, daß deutsche Seeleute englischen Boden betraten. (Hört, hört!) Man hat Seeleute verboten, auf den eigenen Schiffen ihre Notdurft zu verrichten; sie mußten an Land gehen, und dort waren sie schweren Mißhandlungen ausgesetzt. (Hört, hört!) Dagegen protestieren wir. Ein deutscher Kampfbier, der durch Sturm gezwungen war, längere Zeit in See zu bleiben, als er ursprünglich angenommen hatte, konnte, als er in einen englischen Hafen einlaufen mußte, keine Kohlen erhalten.“

Kunzler-Eisenhart: Ich teile den Optimismus des Referenten nicht. Die sozialdemokratische Brüsseler „Paupre“ spricht nämlich noch von „Bordes“. Im ganzen internationalen Arbeitsamt ist nur ein einziger Deutscher. Dafür sind dort Dutzende von englischen und französischen Offizieren.“

Loeb-Frankfurt: Die schwersten Anträge in der französischen Kammer gegen die Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen kamen von französischen Sozialisten. Es ist traurig, daß französische und deutsche Kapitalisten sich viel schneller verständigen als deutsche und französische Arbeiter.“

Jeder Ruf nach der Beseitigung des Gegensatzes, der sich hier offenbart, nur abwägen.“

### Unsere Kartoffelversorgung

Vom Reichsernährungsministerium wird und geschrieben:

Einige Zeitungen berichten in der letzten Zeit über die Kartoffelversorgung unter der ständigen Überschrift „Vom Kartoffelkrieg.“ Das Wort hat eine gewisse Berechtigung. Produzenten, Handel und Konsumenten führen zurzeit tatsächlich Krieg. Die Produzenten wollen hohe Preise und halten zum Teil mit der Abgabe von Kartoffeln zurück. Die Händler verlangen völlig freie Wirtschaft und schieben allein der Regierung die Verantwortung für bestehende Mängel und Mißstände zu; die Konsumenten drohen bereits verlassene Wagen zurück zu verlangen, daß sie zunächst genügend mit Kartoffeln versorgt werden. Einseitige Kreise in allen Lagern sehen ein, daß man auf diesem Wege nicht weiterkommt.

Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat deshalb am 28. September zu einer Besprechung der Frage der Kartoffelversorgung Vertreter der Landwirtschaft, Vertreter der Kommunalverbände, des Handels und der Gewerkschaften einschließlich der Eisenbahner ein. Staatssekretär Dr. Huber gab einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Kartoffelversorgung. Im Anschluß daran fand eine eingehende Aussprache statt. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten eine Herabsetzung des Kartoffelpreises (der Preis wurde bereits im Frühjahr auf 25 Mk pro Zentner und 5 Mk pro Pfund für den Abschluß von Lieferungsverträgen festgesetzt). Die Landwirte berieten sich darauf, daß der genannte Preis von der Regierung seiner Zeit zugehandelt worden sei; sie hätten im Hinblick auf die verhältnismäßig hohen Preise reichlich Kartoffeln angebaut und ihre ganze Wirtschaft auf diese Preise eingestellt. Eine Reduzierung dieser Preise bedeute Vertragsbruch. Unter diesen Umständen bliebe nur eine Verständigung zwischen Erzeuger und Verbraucher übrig. Nach längerer Aussprache wurde eine Unterkommission eingesetzt, in der alle Gruppen vertreten waren.

Unter Berücksichtigung der in der allgemeinen Debatte gewonnenen Ergebnisse wurden folgende Richtlinien für die Kartoffelversorgung einstimmig aufgestellt:

1. Zu festen Preisen besteht ein Erzeugerpreis von 25 Mk pro Zentner für Herbstkartoffeln nicht überhöht werden. Wo es die Kosten der örtlichen Produktion gestatten, soll angestrebt werden, den Preis unter diese Grenze zu senken.

2. Es sollen durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen veranlaßt werden, unverzüglich für einzelne Produktionsgebiete Verhandlungen zwischen Erzeugern und Verbraucher-Organisationen herbeizuführen, um eine Versorgung der Bevölkerung auf der in Ziffer 1 angegebenen Grundlage sicherzustellen. Dabei muß euerer Handel zwischen Verbraucher und Erzeuger ausgeschaltet werden. Der Handel wird sich mit einer sehr geringen Gewinnspanne begnügen.

3. Bei den Verhandlungen ist zugleich anzustreben, daß von Lieferungsorganisationen die Lieferung bestimmter Mengen zu dem örtlich zu vereinbarenden Preise vertragsmäßig übernommen wird.

4. Die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai abgeschlossenen Lieferungsverträge bleiben in Kraft.

Die Gewerkschaftsvertreter gingen in ihren Forderungen allerdings bedeutend weiter; sie stützten aber diesen Vereinbarungen ebenfalls zu im Hinblick auf die unbedingte Notwendigkeit einer Einigung zwischen beiden Parteien. Wenn die landwirtschaftlichen Organisationen es erreichen, daß die Landwirte diese Vereinbarungen nicht nur für papierne Vereinbarungen betrachten, sondern daß auch danach gehandelt wird, dann dürfte die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln unter Ausnutzung von Vorkaufspreisen möglich sein. Es wird aber auch an den Konsumenten liegen, nicht durch Ankaufsläufe dem Handel und der Landwirtschaft Katalog zur weiteren Preiserhöhung zu geben. In vorerwähnten Gegenstand hat sich die Landwirtschaft bereit erklärt, Kartoffeln

bereits zu 20 M und noch darunter an die minderbemittelte Bevölkerung abzugeben. Mögen diesem Beispiele recht viele Landwirte folgen.

### Polier- und Schachtmeisterbewegung Essen

Unsere am 10. Oktober abgehaltene Versammlung besaßte sich einleitend mit der Reichskonferenz der Poliere, die von unserem Verband auf den 24. Oktober nach Essen einberufen ist. Nach Beratung der Anträge wurde zur Wahl der Delegierten geschritten. Einstimmig wurden die Kollegen Schid und Georg Wohlend gewählt. Als Delegierter für die Verwaltungskonferenz, welche am 10. November in Duisburg stattfindet, wurde Kollege Schipiski gewählt. Sodann hielt Kollege Dieblich einen eingehenden Vortrag über die bevorstehende Gewerbegerichtsreform. Er wies auf die Wichtigkeit der Eintragung in die Wählerliste hin und teilte mit, daß der Kollege Albert Heil von der Poliersektion als Kandidat auf die Liste gesetzt worden sei, und zwar an ausführender Stelle. Zur Unterstützung der nolebenden oberschlesischen Kollegen wurde beschlossen, pro Mitglied 1 M zu zahlen, welcher Betrag von den Vertrauensleuten eingezogen wird. Von der Verwaltungsstelle werden billige Stoffe und Schuhe beschafft. Bestellungen sind auf dem Gewerkschaftsbureau, Einbecker Platz 25, abzugeben. Kollege Schid forderte zu reger Beteiligung an dem bevorstehenden Herbstfest auf. Die Kollegen mühten sich verpflichtet, mindestens je ein Programm an Nichtmitglieder zu verschicken. Das Fest findet am 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr beginnend, im Lokale Marg, früher Olmes, Zochalle Eisen-Rüttenscheid, Annastraße, statt. Ueber die am 12. September in Dortmund stattgefundene Lohnkommissionssitzung berichtete Kollege Schid. Er tabelte das Vorgehen und den einseitigen Standpunkt des Deutschen Arbeiterbundes, der wahrlich keine Vorbeeren geerntet habe. Die ausgedehnte Diskussion ließ erkennen, daß die Kollegen gewillt sind, alle Kräfte einzusetzen, bis wir als Vertragspartner anerkannt sind. Kollege Dieblich berichtete über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund über eine neue Lohnordnung. Es sei ein Schiedsspruch gefällt worden, der Maurern und Bauhilfsarbeitern eine Lohn-erhöhung von 65 Pf. zuerkennt. Der Wochenlohn für Poliere erhöht sich dadurch auf 387 M. (Wie uns bei Redaktionsschluss mitgeteilt wird, ist der Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt worden. D. R.) Zum Schluß gab Kollege Schid bekannt, daß die Sammlung für den Kollegen Schöppler den Betrag von 128 M ergeben habe. Mit der Mahnung, das Verhandelte in die Tat umzusetzen, schloß Kollege Schid die anregend verlaufene Versammlung.

### Verbandsnachrichten

**Hindenburg O.S.** Mit Freuden können auch wir ein Wachsen unserer Organisation feststellen. Das zeigt sich vor allem auch in dem steigenden Versammlungsbuch. Die am 30. September stattgefundene Versammlung war besonders gut besucht. Als Referent war Kollege Magosch aus Kattowich erschienen, der über die allgemeine Lage berichtete. Der Redner berührte einleitend die Reise von Bauhandwerkern nach Holland. Die Genossen verbreiten die Mär, daß die deutschen Arbeiter in Holland Streikbrecherdienste leisten sollen. Davon könne keine Rede sein, denn der Streik dortselbst sei längst erloschen und eine selbstige Einigung erzielt. Alsdann berichtete Kollege Magosch über den Verlauf der Verhandlungen bezüglich der geforderten 40 Prozent Lohnmehrung, welche am 30. September stattfanden. Eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden, da die Arbeitgeber von dem Standpunkte ausgehen, daß eine Preissteigerung bis jetzt nicht eingetreten sei. Da ein Resultat nicht zustande kam, wurde für den 6. Oktober eine Generalversammlung anberaumt, bei der die Verhandlungen ihren weiteren Verlauf nehmen sollen. Da über die zu zahlende Werkzeugzulage große Meinungsverschiedenheit herrscht, stellte Kollege Magosch nochmals fest, daß diese für den Maurer 3 Pfg. und für den Zimmerer 5 Pfg. beträgt. Auch für Behälter ist die Zulage zu zahlen, da diese ebenso wie die Gefellen Werkzeug haben müssen. Kollege Magosch brachte noch die allgemeine Arbeitsordnung zur Besprechung, welche in nächster Zeit auf sämtlichen Baustellen zum Ausschlag kommen soll. Nach dem Vortrag des Kollegen Magosch brachte Kollege Bod zur Kenntnis, daß die poln. Berufsvereinigung auf den Namen unserer Verbände agitiert. Sie hat auch Beitritte zu verzeichnen, da die eintretenden Mitglieder der festen Überzeugung sind, unserer Gewerkschaft beigetreten zu sein. Ferner erwähnte Kollege Bod, daß auch in den Heimatsorten der Kollegen öfter Versammlungen abgehalten und Ortsgruppen gegründet werden müßten. Auch erwähnte er die Kollegen, im vollständigen Besuche der Versammlungen nicht nachzulassen, damit jeder Kollege über die Verhältnisse in der Bewegung und im Gewerbe stets gut unterrichtet ist. Es wurde noch bekannt gegeben, daß zur nächsten Versammlung Versammlungszettel verteilt werden, denn dadurch wird auch den lauen Kollegen eine Mahnung in die Hand gedrückt.

**Pölsen, O.S.** Die Verwaltung der Gemme in Romarshof besitzt zwei Zigeleien, von denen eine in Romarshof und eine in Dyhrgrund gelegen ist. Die Erlöse der Zigelei in Romarshof werden nach dem Grundsatz verteilt, diejenigen in Dyhrgrund aber mit Gengerhagen abgeteilt. Es schließt dort vollwertige Arbeiter in der Zahl einer Schicht von sage und schreibe 15 M. Es ist ja gerade die Verwaltung auf Drängen der Arbeiter herab auf 4 M pro Schicht zu senken? Der von Golla und Kollisch geführten polnischen Gewerkschaften. Die Herr Golla, der unsere Kol-

legen so zur Gemme kennen, dem es so oft befaßt, sich in die Brust zu werfen und zu sagen: „Wir (die polnische Berufsvereinigung) sind diejenigen, die die hohen Löhne in Oberschlesien ausgearbeitet haben“, hatte auch hier die Hand im Spiele. Er prägte in einer in Dyhrgrund stattgefundenen Zigeleiarbeiterversammlung den geistreichen Satz: „Wenn wir nur soviel erreichen könnten als der Fabrikarbeiterverband, dann wäre es schon gut.“ Er stellt sich damit ein trauriges Zeugnis aus. Nach diesem Schema wurden auch die Kollegen stets abgepeist, wenn sie den Vertretern der polnischen Berufsvereinigung auf den Leib rückten. Mit leeren Phrasen, wie: „Wir haben an die Verwaltung um Lohnzulage geschrieben, aber sie will nicht, wir müssen andere Wege suchen“, wurden sie überhäuft, von denen sie aber nicht satt werden konnten. Alle acht Tage hörten sie von einer neuereinigeten Aktion zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, aber es folgte niemals ein greifbares Resultat. Als ein Vertreter der polnischen Berufsvereinigung in einer Versammlung über die Erhöhung der Beiträge referierte, wurde er von den Kollegen in die Flucht geschlagen. Wir können es auch den Golla und Genossen nachfühlen, daß sie keine Zeit haben, sich um Arbeiterinteressen zu kümmern, benutzen sie doch lediglich die schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter dazu, um den Haß gegen alles Deutsche zu schüren. Die polnische Arbeiterorganisation soll ihnen nur als Sprungbrett zu den Warschauer Ministeresseln dienen. Bis dahin glauben sie die armen oberschlesischen Arbeiter mit Phrasen beruhigen zu können. Ob es gelingen wird??? Nun möchte sich der größere Teil der Kollegen an den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, der auch die Vertretung der Interessen der Kollegen tatkräftig in die Hand nahm. Ein Kollege vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter ging sofort persönlich mit dem Betriebsrat zur Verwaltung, um eine Lohnmehrung durchzusetzen. Dort wollte zuerst niemand zuständig sein, und als er sich damit nicht zufrieden gab, wurde ihm erklärt, daß der Inspektor beurlaubt sei. Es stellte sich dann aber heraus, daß ein Vertreter bestellt war, dem dann gemeinlich an die Mieren gegangen wurde. An der kurzen Aussprache beteiligten sich dann noch mehrere Herren, die auf einmal alle zuständig sein wollten. Es wurde dem Kollegen erklärt, die Verwaltung wolle die Löhne noch einmal nachprüfen, und sollte es sich herausstellen, daß sie zu niedrig sind, so wolle sie eine kleine Zulage gewähren. Punktum. Auf die Frage, ob die Verwaltung denn keinen Tarifvertrag abschließen wolle, wurde mit einem kurzen „Nein“ geantwortet. Das schönste an der ganzen Sache ist, daß die Verwaltung dauernd verläßt hat, die Arbeiter sollten sich einer deutschen Organisation anschließen, dann bekämen sie einen Tarifvertrag. Die Verwaltung sah die Unfähigkeit der polnischen Berufsvereinigung ein und glaubte nicht daran, daß sich die Kollegen jemals einer deutschen Organisation anschließen würden. Es kam aber anders, und nun schwebt ein Schlichtungsverfahren vor dem Schlichtungsausschuß in Aussicht, wo die Kollegen auch zu ihrem Rechte kommen werden. Die Verwaltung wollte schon mit dem Betriebsrat einen Vertrag abschließen, um vor dem Schlichtungsausschuß mit fertigen Tatsachen auf den Plan zu treten, ihr Schächeln ins Trockene zu bringen und weiter die hohen Gewinne zu schluden. Der Arbeitslohn für ein Tausend fertigestellte Steine beträgt 37,50 M. Und die hohen Zigeleipreise? Denjenigen Kollegen, die noch in der polnischen Berufsvereinigung sind, werden hoffentlich recht bald die Augen aufgehen, damit sie erkennen, wo ihre Interessen am besten vertreten werden. Ich möchte sie nur an den Spruch erinnern:

Wer sich selber macht zum Knecht, Bedauert ihn niemand, gehts ihm schlecht.  
Darum hinein in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, denn nur hier werden eure Interessen ernstlich wahrgenommen. P. S.

**Bezirk Breslau.** Am Sonntag, den 3. Oktober, fand in Breslau unsere Bezirkskonferenz statt, welche von 30 Delegierten besucht war. Vom Hauptvorstande waren der Zentralvorsitzende, Kollege Wiebeberg, und Kollege Schönkeas erschienen. Der Bezirksleiter, Kollege Gottschall, erstattete den Geschäftsbericht. Er führte etwa folgendes aus: Härter, als die meisten von uns dachten, hat uns der Krieg getroffen. Ungeahntes Leid zieht durch die deutschen Lande. Was nach viereinhalbjährigem blutigem Streit der Krieg uns noch gelassen hatte, das ist in der Revolution untergegangen. Das alte System mit seinen Mängeln und Fehlern brach zusammen, ohne daß das Volk für ein neues geistig vorbereitet war. Wir sehen den Bruderkrieg mit seinen furchtbaren Folgen in eigenen Lande. Gewalt hat aber immer nur vorübergehend regiert. Auch jetzt wird das Volk zur Einsicht kommen. Mit tönenden Phrasen allein baut man kein neues Haus. Auch das gewerkschaftliche Leben ist heute vielfach auf die Phrasen eingestellt. So mancher geistig nur sehr mangelhaft ausgerüstete Agitator läßt sein Lottermaul spielen und verächtlich unsere christliche Gewerkschaftsbewegung. Es ist bedauerlich, daß noch Kollegen von uns darauf hereinfallen. Wir fordern Achtung für jede Ueberzeugung. Diese wiederum können wir nicht bei den freien Gewerkschaften finden. In der Wirtschaft fordern wir gerechte Anteilnahme am Ertrage der Arbeit. Wir wollen mitarbeiten an der Umformung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, bis eine Ordnung erreicht ist, in der sich auch der Arbeiterstand frei und wohl fühlen kann. Der Kapitalismus in seiner jetzigen Form wird dabei verschwinden müssen, um der Gemeinwohlsidee Platz zu machen. Ueber den gegenwärtigen Stand der Mitgliederverhältnisse im Bezirk ist folgendes zu berichten: 1914 waren 1100 Mitglieder vorhanden. Während des Krieges sank die Zahl auf etwa 300 Mitglieder zurück. Eine große Anzahl von den besten unserer Kollegen ruht krankhaft auf den Schahnhelmen. Durch angestrengte Tätigkeit ist es uns wieder gelungen, die Lücken auszufüllen. Unser Mitgliederbestand betrug am Schluß des

zweiten Quartals dieses Jahres 1862. Die Einnahme Hauptkasse betrug im ersten Quartal 16 331,70 M., im zweiten Quartal 26 039,98 M. Daß unser Verband Bezirk Jugkrast besitzt, geht daraus hervor, daß in die Jahre 682 Mitglieder neu aufgenommen wurden. Wir müssen dahin streben, daß die neugeborenen Mitglieder dem Verbande erhalten bleiben und zu geistig hochentwickelten Gewerkschaftlern erzogen werden. Der Bericht mit Beifall aufgenommen. Kollege Wiebeberg hielt dann einen Vortrag über die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die christlichen Gewerkschaften im besonderen. Trefflichen Ausführungen wurden mit Interesse verfolgt und mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Schöne sprach dann über Konsumgenossenschaften. Leider gestand er der Raum nicht, näher auf die von großer Wichtigkeit zeugenden Ausführungen einzugehen. Es blieb noch zu erwähnen, daß unser Hauptvorstand eine Wirtschaftshilfe eingerichtet hat, durch die den Kollegen zu bedeutend billigeren Preisen als beim Kaufmann Schu Niedungsstoffe, Zigarren und Zigaretten geliefert werden. Eine größere Anzahl Proben mit Preisangabe lag dem Vorstandsstich zur Verfügung aus. Die Kollegen wurden ersucht, ortsgruppenweise ihre Bestellungen dem Hauptvorstande zu unterbreiten. Als vierter Punkt Tagesordnung lag ein Antrag des Bezirksleiters auf Erhöhung der Bezirksbeiträge vor. Der Vorschlag des Bezirksleiters fand einstimmige Annahme. Nachstehende Tabelle zeigt, in welcher Form die Bezirksbeiträge zu erheben sind.

Stufe	Bei einem Stundenlohn	Haupt- kasse	Ver- mahlung	Beitrag	Beitrag
1 bis einschließl.	2,-	1,-	—,40	dabon 15	1,40
2 über 2,- bis	2,50	1,25	—,55	"	20 1,80
3 "	3,-	1,50	—,60	"	20 2,10
4 "	3,50	1,75	—,75	"	25 2,50
5 "	4,-	2,-	—,80	"	30 2,80
6 "	4,50	2,25	—,95	"	35 3,20
7 "	5,-	2,50	1,-	"	35 3,50
8 "	5,50	2,75	1,15	"	40 3,90
9 "	6,-	3,-	1,20	"	40 4,20

Der Bezirksleiter, Kollege Stammel, erstattete nunmehr einen kurzen Bericht über den Stand der Bezirkskasse, das folgendes zu entnehmen ist: Die Gesamteinnahme betrug 7837,02 M., die Ausgabe 2384,40 M., so daß ein Bestand von 5452,62 M. vorhanden ist. Die Wahl des Bezirksvorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Franz Gottschall, Breslau, 2. Heinrich Müller, Görlitz, 3. Johann Stammel, Breslau, 4. August Krause, Breslau, 5. Schwarzer, Neustadt, 6. Schindler, Reife, 7. Hermann Wolf, Gr. Warthenberg, 8. Rudolf Hillmann, Kadowa-Sächlich, 9. August Pröblich, Steinau, 10. Fritz Klante, Münsterberg. Im Schlußwort dankte Kollege Wiebeberg der Bezirksleitung und den Kollegen, welche an der Ausbreitung des Verbandes mitgearbeitet haben. Die trefflichen Worte klangen dahin aus, noch tatkräftiger als bisher für den Verband zu arbeiten und Männer der Tat in der Propaganda unserer Ideen zu sein.

### Bücherchau

**Wegweiser durch das neue Reichsversorgungsgesetz** nebst Rententabelle. Herausgegeben vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen, Sitz Berlin. Zu beziehen durch die Reichsgeschäftsstelle Berlin, W 13, Große Frankfurter Straße 63. Im vorliegenden Werkchen will der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener aufzählen, die letzten Erbdes die Last des Weltkrieges zu tragen haben, einen Einblick gewähren in jenes Gesetz, welches das deutsche Volk seinen treuesten Söhnen als Dank des Vaterlandes und den Angehörigen seiner gefallenen Soldaten als Vermächtnis hinterläßt. Im Anhang des Wegweisers sind Tabellen über die Renten des Kriegsbeschädigten und die Renten der Hinterbliebenen beigegeben. Allen Ortsgruppenvorständen, die den kriegsbeschädigten Kollegen und den Hinterbliebenen unserer gefallenen Kollegen mit Erfolg helfen wollen, kann die Anschaffung des „Wegweisers“ nur empfohlen werden. Er kostet pro Stück 1,50 M., bei Bezug von 10 Stück und mehr 1,40 M.

### Bekanntmachung

#### Verwaltungsstelle Mannheim

Von jetzt ab finden für unsere Kollegen, die im besetzten Gebiete wohnen, jeden Donnerstag und Freitag, nachmittags von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr, im Geschäftszimmer des christl. Fabrik- und Transportarbeiterverbandes zu Ludwigshafen, Marienstr. 19, Sprechstunden statt.

#### Der Verwaltungsstellenvorstand.

J. A.: Johann Horn.

### Sterbetafel.

Am 19. August starb nach zweijähriger Krankheit unser lieber Kollege H. Kensing genannt Fredens. Er war ein eifriger Förderer unserer Sache.  
Verwaltungsstelle Coesfeld.  
Am 15. September starb unser liebes Mitglied Hermann Wons an den Folgen einer Lungenkrankheit.  
Verwaltungsstelle Euen.  
Am 7. Oktober starb unser Kollege Franz Borgolte.  
Verwaltungsstelle Lüchtrigen.  
Ehre ihrem Andenken!